

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 21 06 84

Inhalt

Margitta Terborg MdB
zu einer Antikriegsde-
monstration in Jugo-
slawien: Die Mütter set-
zen ein Zeichen.

Seite 1

Gustav Starzmann MdL
zum Umgang des Frei-
staates Bayern mit dem
Waldsterben: "Kro-
nenzustandserhebung"

Seite 2

Dokumentation
Eine Erklärung von
Friedensgruppen zum
Antikriegstag: Konflikte
gewaltfrei lösen!

Seite 3

46. Jahrgang / 166

30. August 1991

Die Mütter setzen ein Zeichen

Zu einer Antikriegsdemonstration in Jugoslawien

Von Margitta Terborg MdB

Stellvertretende Vorsitzende des außenpolitischen Arbeitskreises
der SPD-Bundestagsfraktion

Die Schlagzeilen der Weltpresse beherrschen sie nicht, die kroatischen Mütter, die zu Hunderten, Tausenden, Zehntausenden vor das Parlament, das Verteidigungsministerium, vor Kasernen zogen, um die Herausgabe ihrer Söhne zu erzwingen. Sie wollen nicht länger zulassen, daß sie in diesem schrecklichen Bürgerkrieg verheizt werden. Wohlge-merkt, es sind die Mütter, die da ein Zeichen setzen. Nicht die Väter, nicht die Großväter. Die wirkten eher läppisch angesichts dieser bewegendenden Demonstration.

Im Parlament wurden die Abgeordneten von den Frauen buchstäblich überrannt, die sich das Rederecht erzwangen. Eher zögernd erhoben sie sich, um den mutigen Müttern Beifall zu spenden. Vor dem Verteidigungsministerium raffte man sich zu der törichten Geste auf, die Frauen mit Blumen zu empfangen. Da ist es wieder, das Macho-Strickmuster in Reinkultur: mit dümmlichen Höflichkeitsbekundungen einen politischen Willen von Frauen brechen zu wollen. Und vor den Kasernen blickten die jungen Soldaten eher ratlos in die Augen ihrer demonstrierenden Mütter.

Nicht auszudenken, wenn dieses Beispiel Schule machen sollte. Keine Armee der Welt wäre in der Lage, den Müttern die Stirn zu bieten, wenn sie nicht nachlassen im Protest, wenn aus den Tausenden Hunderttausende würden. Kein General der Welt könnte seinen Soldaten befehlen, unter den Müttern ein Blutbad anzurichten. Und - auch das sei gesagt - selbst die Bürgerkriegsbanditen könnten auf Dauer nicht ihr blutiges Geschäft gegen den Willen der Mütter ausüben. Den Generälen bliebe ein Ausweg, den ihnen die jugoslawischen Mütter gewiesen haben: sie könnten selbst in ihren Krieg ziehen und allein, Mann für Mann, die Sache unter sich ausfechten.

In diesen Tagen zerbricht sich Europa den Kopf, wer wohl den diesjährigen Menschenrechtspreis verdiente. Ich denke, er gebührt den Müttern, die für ihre Söhne auf die Straße gehen. Selbst wenn dieser Protest letztlich erfolglos bliebe, ein Zeichen setzt er allemal, dem man Nachahmung in allen Wetterecken der Welt wünschen muß.

(-/30. August 1991/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kernsicherer Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



"Kronenzustandserhebung"

Zum Umgang des Freistaates Bayern mit dem Waldsterben

Von Gustav Starzmann MdL

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten im Bayerischen Landtag

Anstatt den Waldschadensbericht des Freistaates endlich auf das gesamte "Öko-System Wald" auszuweiten, verkürzt das bayerische Landwirtschafts- und Forstministerium seine Beobachtung im Wald noch weiter. Derzeit sind in Bayern die Fachleute unterwegs, um ausschließlich eine "Kronenzustandserhebung" durchzuführen. Diese weitere Selbstbeschränkung des Wald-"Semantikministeriums", das sich vor längerer Zeit einmal zum Begriff "Waldsterben" bekannte, wird der Bedeutung der Situation unserer Wälder in keiner Weise gerecht. Gerade nachdem im letzten Jahr eine Schadenserhebung im Wald wegen der schweren Sturmschäden nicht möglich war, wäre in diesem Jahr eine umso sorgfältigere Beobachtung und Analyse der Waldschäden in Bayern notwendig gewesen.

Leugnete das Ministerium in den achtziger Jahren - nach anfänglicher Betroffenheit - sehr schnell die Tatsache des "Waldsterbens", so werden jetzt sogar die "Waldschäden" gelaugnet - zumindest in der Wortwahl. Nur noch der "Zustand des Waldes" darf interessieren - und hier auch nicht das Befinden des gesamten Waldes mit Sträuchern, Moosen, Flechten, Bodenleben, Biotopen, Bioindikatoren, ja nicht einmal der ganzen Bäume, sondern nur das Befinden der Baumwipfel, die von unten besichtigt werden. Mit dieser neuerlichen Veränderung der Beurteilungskriterien verhindert das Ministerium zudem auch den notwendigen langjährigen Vergleich der Schadensinventuren, da die Ergebnisse nicht mehr vergleichbar sein werden.

Mit dieser Waldbeobachtung auf Distanz, dieser kurzsichtigen und ausschließlich der Verharmlosung dienenden Verkürzung der Untersuchungen auf den Baumkronenzustand wird sich die bayerische SPD-Landtagsfraktion nicht abfinden. Wir fordern die Vorlage eines Forstberichts, der umfassend auf den Zustand des gesamten Öko-Systems Wald eingeht.

Der Forstbericht, zu dem die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag den bisherigen Waldschadensbericht erweitern will, soll als Bericht über die Gefährdung des Öko-Systems Wald angelegt werden. Die bayerische Staatsregierung könnte damit deutlich machen, daß Forstwirtschaft Naturschutz ist. Das Landwirtschaftsministerium könnte auf diese Weise zeigen, daß es für den Wald als Gesamtheit zuständig ist; zur Bewertung dieses Öko-Systems gehört selbstverständlich der Waldschadensbericht, ebenso aber auch die Schädigungen an Sträuchern, die Zusammensetzung der Pflanzengesellschaft in den sich verändernden Wäldern, die Versauerung des Bodens, der Wasserhaushalt im Wald, der Zustand der Mikroorganismen im Boden und auch die Verbissituation im Wald. Es reicht nicht aus, unter der Überschrift "Waldzustände" nur die Immissionsbedingten Schäden zu beschreiben; der Wald muß vielmehr als Gesamtheit betrachtet werden.

Der eigenständige Forstbericht soll auch langfristige Tendenzen aufzeigen. So kann der Einjahresvergleich mit Verschiebungen um einige Prozentpunkte kaum Aussagekraft haben, zumal die statistischen Fehler doch erheblich sind. Besonders wichtig wäre es, wenn im Forstbericht die Waldschäden nach Wuchsgebieten und hier wieder nach einzelnen Baum- und anderen Pflanzenarten aufgelistet würden, um die lokale Entwicklung zu zeigen. Ebenso müssen Sonderentwicklungen sorgfältiger beobachtet werden, wie dies schon bei den Latschen der Fall ist. Das flächige Latschensterben zeigt, daß sich das Waldsterben zu einem "Grünsterben" ausweitet. In den Auwäldern werden neue Krankheiten beobachtet. Das Laubwaldsterben beschleunigt sich. Diese Phänomene verdienen besondere Aufmerksamkeit.

(-/30. August 1991/rs/ks)

DOKUMENTATION

Konflikte gewaltfrei lösen!

Eine Erklärung von Friedensgruppen zum Antikriegstag

Am 1. September vor 52 Jahren wurde von Deutschland der Zweite Weltkrieg begonnen. Unermessliche Zerstörung und bis heute wirkendes Leid waren die Folgen. Nein, der Krieg löste keine Probleme. Er verhalf nicht zu besserem Leben. Er war nicht der Vater aller Dinge, sondern nur aller Katastrophen und Ungerechtigkeiten und neuer Bedrohungen und Kriege - damals wie heute.

Mit dem fürchterlichen Golfkrieg haben sich die westlichen Staaten erneut dem militärischen Weg zur Durchsetzung der 'neuen Weltordnung' verschrieben. In Jugoslawien führen nationale Bevölkerungsgruppen Krieg gegeneinander. In der Sowjetunion haben sich die Menschen mit ihrem Widerstand gegen die Putschisten vor neuer Unterdrückung und die ganze Welt vor einem neuen Klima der Konfrontation bewährt. Sie haben uns noch einmal eine Chance gegeben, Konsequenzen aus den Fehlern der Vergangenheit zu ziehen. Der Schrei 'Nie wieder Krieg' ist so berechtigt wie je. Wir fügen heute hinzu: Löst endlich Konflikte mit nicht-militärischen Mitteln. Schafft die Voraussetzungen hierfür, statt immer weiter aufzurüsten.

Für die Zukunft Europas wird mitentscheidend sein, wie die Nationalitätenkonflikte und Unabhängigkeitsbestrebungen in der Sowjetunion und in Jugoslawien gewaltfrei gelöst werden können. Sie stehen exemplarisch für eine Fülle bereits offener oder latenter Konflikte in Mittel- und Osteuropa nach der Auflösung des sowjetischen Imperiums. Auch im NATO- und EG-Bereich sind Konflikte zwischen Nationalitäten weiter brisant. Im Nahen Osten wird es ohne Menschenrechte und Selbstbestimmung für Palästinenser, Kurden und andere Völker keinen Frieden geben. In fast allen anderen Kontinenten leiden Menschen in unzähligen grausamen und zerstörerischen Konflikten.

Die dramatische und tragische Entwicklung in Jugoslawien bringt dies alles noch einmal auf den Punkt und an den Tag. In dem südosteuropäischen Bundesstaat, vollgestopft mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen, weiß man anscheinend nicht mehr ein noch aus und greift auf nationalistisch-fremdenfeindliche Klischees von vorgestern zurück. In Kroatien eskaliert der Krieg trotz Waffenstillstand; in Kosovo muß jeden Tag ebenfalls mit einer bewaffneten Konfrontation zwischen Albanern und Serben gerechnet werden. Menschen und Völker verfeuern sich, Feindbilder entstehen wechselseitig - schließlich wird geschossen. Es wird wieder gemordet und damit das Land, die Gesellschaft, das Bewußtsein vergiftet und zerstört.

Nie wieder Krieg! Was sonst? Konflikte lösen, Kooperation auf allen Ebenen mit unendlicher Geduld versuchen, Selbstbestimmung entfalten, Demokratisierung verwirklichen, ohne die es keine Selbstbestimmung gibt. Das ist schwer, viel schwerer als sich gegenseitig totzuschlagen. Das erfordert Mut, echte Heimaliebe und hartnäckige, aufopferungsvolle, an den Menschenrechten orientierte Arbeit. Der Rückfall in den aggressiven Nationalismus mit all seinen zerstörerischen, repressiven Elementen ist dagegen Landes- und Menschenverrat.

Für Europa heißt dies, eine Friedensordnung aufzubauen, in der politisch gleichberechtigt alle Staaten, Regionen und soziale Gruppierungen zusammenarbeiten, ihre Konflikte besprechen und nach Lösungen suchen. Die ersten Ansätze im Rahmen der KSZE sind unzureichend. NATO und EG sind die Partei der Reichen. Mit neuen Mauern gegen Flüchtlinge und der Aushebelung des Menschenrechts auf Asyl soll Westeuropa zur Festung ausgebaut werden. Diese fantasie- und mitteleidslose Politik, wie sie beim albanischen Flüchtlingsdrama in Italien sichtbar wurde, trägt zu immer neuen Kriseninfarkten bei, die auch auf die reichen Länder zurückschlagen. Das oft zitierte 'Gemeinsame Haus' wurde nicht gebaut, in dem sich Roma und Sinti zwischen Rumänien und Großbritannien frei bewegen können.

Die in der Sowjetunion sichtbar gewordene Zivillisierung der Gesellschaft von unten muß auch bei uns zur Entrillitarisierung ermutigen. Der Westen hat die notwendige wirtschaftliche Unterstützung für die Sowjetunion und die Staaten Ost- und Südosteuropas nicht geleistet. Jetzt

müssen wir Anstrengungen und Geld in eine sichere und gerechtere Welt für alle investieren, statt weitere Unsummen für Rüstung und Militär zu verschwenden. Panzer sind kein guter Motor für wirtschaftliche Entwicklung und Gewehre keine Mittel für gerechte Lösungen. Entmilitarisierung, gewaltfreie Konfliktlösungen, Demokratisierung und faire wirtschaftliche Unterstützung bilden ein untrennbares Ganzes.

Für die europäische Region heißt dies, endlich mit der Abrüstung ernst zu machen. Die bisher beschlossenen Rüstungsvermindierungen - sei es in Europa, sei es im strategischen Verhältnis - behindern die ständige weitere Aufrüstung durch Modernisierung überhaupt nicht. Was uns als Abrüstung und Truppenreduzierung verkauft wird, ist nur Umrüstung auf neue Weltmachtaufgaben Westeuropas, um mit schnellen Eingreiftruppen out-of-area als Welt(hilfs)-Sheriff gegenüber dem armen Süden intervenieren zu können. Zur Erleichterung der Rüstungslasten wird trotz aller Irak- und Golferfahrungen der Waffenexport weiter gesteigert. Statt Konversion der Rüstungsbetriebe erleben wir ihre europaweite Konzentration. Regierungen und Kapital ziehen bisher keine Konsequenzen. Kein Neues Denken zieht ein, sondern überall ist nur die alte Gewaltideologie und -idiotie am Werke.

- obwohl es für Europa keine ernsthafte militärische Bedrohung gibt;
- obwohl die Notwendigkeit der Überwindung von Krieg und der Lösung der Menschheitsprobleme Armut, Umweltschutz, Demokratisierung und Abrüstung unübersehbar ist.

Wir rufen deshalb hartnäckig: Es ist Zeit für eine Bundesrepublik ohne Armee, es ist Zeit für ein Europa ohne Armeen, es ist Zeit für die Verweigerung aller Kriegsdienste, es ist allerhöchste Zeit für eine Wende. Statt Weltsheriff-Eingreiftruppen aufzustellen müssen alle Kräfte und Mittel darauf konzentriert werden, die Möglichkeiten der gewaltfreien vorbeugenden und aktuellen Konfliktberatung auszubauen. Wer den Frieden will, muß mit friedlichen Mitteln für ihn wirken. Friedensarbeit ist angesagt!

Die Konflikte in Europa und besonders die kriegerischen Auseinandersetzungen in Jugoslawien sind nicht nur eine Herausforderung an die europäischen Regierungen, sondern auch an die gesellschaftlichen Kräfte, an die Bürgerinnen und Bürger in Europa. Die Bewegungen für Demokratie und Reform in der Sowjetunion haben uns ein Beispiel für die Macht zivilen Widerstandes und Engagements gegeben und benötigen weiterhin unsere Solidarität. Die sozialen und Friedensbewegungen müssen neue Instrumente und grenzüberschreitende Projekte entwickeln. Die in Europa aufbrechenden gesellschaftlichen und zum Teil nationalistisch akzentuierten Konflikte machen eine Solidarisierung der Menschen und Gesellschaften von unten immer dringlicher. Hier ist anzusetzen. Dabei dürfen die vielen Ursachen der Konflikte - die wirtschaftliche Not, die soziale Ungleichheit, die patriarchalen Herrschaftssysteme, die fortschreitende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, wie auch Repression und demagogische Verführung - nicht ausgeklammert werden. In diesem Sinne sind alle sozialen Bewegungen aufgerufen, in ihren Feldern solidarische Beziehungen herzustellen und Netze über die Grenzen hinweg zu knüpfen: Brücken bauen, nicht niederreißen, damit die Menschen zueinander finden.

BAG Frieden bei den Grünen; Bonner Friedensplenum; Christlicher Friedensdienst (CFD); Eirene - Internationaler Christlicher Friedensdienst; Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK); Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW); Die Grünen-Bundesverband; Friedensbüro Hannover; Friedensinitiative Soest; Gesellschaft Kultur des Friedens; Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS); Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit in NRW; Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste, Militär; Kampagne 'Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen'; Komitee für Grundrechte und Demokratie; Künstler in Aktion; medico international; Pax Christi - Deutsche Sektion; Scheherazade - deutsche Sektion; Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SODZDL); Soester Arbeitskreis Entwicklung und Frieden; Versöhnungsbund.

(-/30. August 1991/rs/ks)
